

# STADT NAUMBURG (Saale)



Vorlagen-Nr.:	73/23
Vorlagentyp:	Entscheidung
Einreicher:	Oberbürgermeister
Prüfung:	<input checked="" type="checkbox"/> Barrierefreiheit
	<input checked="" type="checkbox"/> Gleichstellung
	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen
Eingang am:	15.06.2023
Version	1

Teilnahme:	intern:	Frau Freund Frau Seidel
	extern:	

TOP:	
------	--

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
------------------------------------------------	-------------------------------------------

## Beratungsfolge:

Gremium	Datum	TOP	Liste	Art*	Ergebnis
Ortschaftsrat Prießnitz	11.09.2023	5.	A	V	einstimmige Ablehnung
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	19.09.2023	6.	A	V	mehrheitliche Annahme
Technischer Ausschuss	20.09.2023	5.	A	V	mehrheitliche Annahme
Gemeinderat	04.10.2023	7.	A	B	

Art\* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

## Betreff:

Bebauungsplan Nr. 100 „Neuordnung Windpark Prießnitz“  
hier:

- Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung
- aktueller gesetzlicher Rahmen
- Empfehlung zur Einstellung des Verfahrens

## Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zur Kenntnis.
2. Weiterhin nimmt der Gemeinderat die möglichen Auswirkungen der bundesgesetzlichen Änderungen auf das Planverfahren zur Kenntnis.
3. Der Gemeinderat beschließt die Einstellung des Verfahrens und beauftragt die Verwaltung die notwendigen Aufhebungsbeschlüsse für das Bauleitplanverfahren sowie die Veränderungssperre herbeizuführen.

## Finanzielle Auswirkung:

- ☐ nein                      ☒ ja, in folg. Höhe: 313.000
- Deckungsvorschlag:    ☒ Haushaltsplan : 2021-2023  
                                 ☐ über-/außerplanmäßig
- Buchungsstelle:        51.11.00.00 - 52910500

## **Begründung:**

### **Zielsetzung**

Für den Windpark südlich der Ortslage Prießnitz gibt es Betreiberfirmen, die an einem sog. Repowering der bestehenden Windenergieanlagen (WEA) interessiert sind. Dies bedeutet, dass alte Anlagen abgebaut werden, um sie durch effizientere, aber auch deutlich höhere WEA zu ersetzen. Mit Hilfe des Bebauungsplans Nr. 100 soll dieser Prozess konstruktiv begleitet werden. Zur Sicherung der Planung liegt über dem Gebiet eine Veränderungssperre. Diese gilt zunächst bis zum Mai 2024. Bis zu diesem Zeitpunkt können keine neuen WEA auf dem ca. 107 Hektar großen Areal entstehen.

### **Verfahrensstand**

In den vergangenen Monaten wurde ein Vorentwurf eines Bebauungsplans ausgearbeitet, in den verschiedene Untersuchungen und Gutachten eingeflossen sind.

Aus der Ermittlung der aktuellen Lärmpegel, im Herbst 2022 am Rand der Ortslage Prießnitz, ergibt sich keinerlei Handlungsbedarf, da die gültigen Schwellenwerte - auch bei einer Erhöhung der Anlagen auf ca. 250 Meter - eingehalten werden, was durch Messungen und Simulationen nachgewiesen werden konnte.

Der Vorentwurf des Bebauungsplans wurde im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, den Trägern öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden im März/ April 2023 vorgelegt. Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden wurden insgesamt 42 Stellen angeschrieben. Davon haben 26 TöBs eine Stellungnahme abgegeben. Aus den Inhalten von 21 der insgesamt 26 abgegebenen Stellungnahmen ergibt sich kein relevanter Anpassungsbedarf der Entwurfsunterlagen bzw. lediglich unwesentliche redaktionelle Änderungen – oder es wurde geäußert, dass keine Bedenken bzw. Einwände gegen die Planung bestehen. Insbesondere der Burgenlandkreis, die Landesstraßenbaubehörde und das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd haben weitere Hinweise zur Anpassung der Planunterlagen hinsichtlich der Festsetzung des Kompensationsbedarfs, des Eingriffs in den Boden und bzgl. des Abstandes zur Landesstraße vorgebracht.

Aus der Öffentlichkeit gingen insgesamt vier Stellungnahmen ein. Dabei werden durch Bürger unterschiedliche Fragen und Anregungen vorgebracht, z. B. dass die Festsetzung von konkreten Baufenstern als zu restriktiv empfunden wird; in einem anderen Fall wird darauf hingewiesen, dass die Öffentlichkeit mehr in den Anlagenbetrieb eingebunden werden sollte (auch durch finanzielle Beteiligungen).

### **Relevante Ergebnisse**

Im Rahmen dieses Planungs- und Beteiligungsverfahrens gab es wesentliche Hinweise und Erkenntnisse, die zukünftig zusätzliche und finanzielle Aufwendungen der Kommune erfordern, wie z. B. notwendige Kompensationsflächen in erheblichem Umfang, Anpassung der Untersuchungen/ Gutachten an noch höhere WEA (Turm-WEA mit Gesamthöhe von 285 m bzw. 300 m statt bisher 250 m).

Die Behörden der Landesplanung wiesen unter Bezugnahme auf die beabsichtigte Festsetzung zur Höhenbeschränkung im Bebauungsplan auf die neue bundesgesetzliche Regelung im Gesetz zur Festsetzung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen (WindBG) hin: Pläne, welche nach dem 01. Februar 2023 Rechtskraft erlangen und Festsetzungen enthalten, die zur Regulierung der Höhe künftiger WEA führen, dürfen demnach nicht auf das Flächenziel des Landes angerechnet werden.

Exkurs: Gemäß Angaben des LSA sind aktuell „(...) in Sachsen-Anhalt rund 1,12 Prozent der Landesfläche planungsrechtlich für die Windenergienutzung gesichert bzw. finden sich in Aufstellung (...)“. Der Flächenbeitragswert, der bis zum 31. Dezember 2032 zu erreichen ist beträgt 2,2 %.

Damit muss das Land fast doppelt so viel Flächen förmlich festsetzen wie bisher.

### **Rechtliche Situation**

Sollte das Bundesland die gesetzlich vorgeschriebenen Ziele nicht erreichen, greifen die Folgen des § 249 BauGB: WEA werden zu privilegierten Vorhaben im Außenbereich, landesrechtliche Regelungen zu Mindestabständen (1000 m) werden unanwendbar (§249 III 1 u. 4 BauGB). Somit könnten (mit wenigen Einschränkungen) überall im Außenbereich (Flächen außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortschaften gem. § 35 BauGB) neue WEA entstehen. Erst wenn das Flächenziel des Landes gesichert ist, ist diese Klausel nicht mehr anzuwenden.

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass durch die Höhenbegrenzung im BP Nr. 100 Flächen aus dem Portfolio des Landes entzogen werden und somit der Wahrscheinlichkeit Vorschub geleistet wird, dass an vielen anderen Stellen ungeordnet neue Anlagen im Außenbereich entstehen, dies wäre selbst im Landschaftsschutzgebiet möglich.

Außerdem wurde zusätzlich zur Gesetzesänderung mit dem WindBG durch den Bundesgesetzgeber über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) festgesetzt, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) sowie die dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und die Anlagen der öffentlichen Sicherheit dienen. Der Bau und Betrieb von WEA sind in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen (z. B. im Rahmen einer Bauleitplanung) als „vorrangiger Belang“ in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen.

Im Kern stellt sich der neue rechtliche Rahmen – wir bereits in der Gemeinderatssitzung am 25.01.2023 mündlich erläutert – wie folgt dar: die ursprünglich anvisierten Ziele des Bebauungsplanes können aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen und der angestellten Untersuchungen (aus Sicht der Stadtverwaltung) nicht erreicht werden.

## **Finanzierung | Sachstand**

Die Finanzierung des Bauleitplanverfahrens wird durch den kommunalen Haushalt geleistet. Sollte das Verfahren frühzeitig eingestellt werden, wird sich die Stadtverwaltung mit den beauftragten Büros ins Benehmen setzen und versuchen die laufenden Verträge zu kündigen. Die dann verbleibenden Restmittel werden dem Haushalt wieder zugeführt.

### **Im Fazit:**

Grundsätzlich obliegt es jeder Gemeinde hoheitlich Bebauungspläne als Satzungen zu erlassen und die Inhalte im Rahmen der gesetzlichen Rahmen selbst zu definieren. Die gesetzlichen Regelungen wurden innerhalb des Verfahrens allerdings grundlegend geändert. Die ursprünglich erwarteten Regelungsinhalte sind daher in weiten Teilen nicht haltbar, so dass die langfristige Wirkung der Planung in Frage gestellt werden muss und es aus Sicht der Verwaltung keine nennenswerte Schutzwirkung für die Ortslagen Prießnitz und Meyhen sowie die umgebende Landschaft durch den BP 100 geben wird. Es werden neben den bereits bekannten Kosten weitere erhebliche finanzielle Belastungen auf die Kommune zukommen, um z. B. die neue „WEA-Turmgeneration“ in der Planung zu berücksichtigen.

Im Ergebnis muss die Planung aufgrund der geänderten Gesetzeslage; aber auch der bisher erzielten gutachterlichen Ergebnisse in Frage gestellt werden. Sowohl der Landkreis als auch das Ministerium für Infrastruktur und Digitales LSA haben auf die geänderte Gesetzeslage hingewiesen. In den vergangenen Monaten wurde eine völlig neue Rechtssystematik eingeführt, die die weitere Planung aussichtslos erscheinen lässt. Bei dieser Sachlage empfiehlt die Verwaltung, das Bauleitplanverfahren einzustellen und die Veränderungssperre aufzuheben.

Armin Müller  
Oberbürgermeister

### **Anlagen:**

Anlage 1: Auszug Stellungnahme BLK  
Anlage 2: Auszug WindBG - § 4  
Anlage 3: Auszug Stellungnahme MID LSA